

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 05.02.2020

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:21 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Auszeichnung der Stadt Dessau-Roßlau mit dem European Energy Award

Nach der Begrüßung der Gäste durch den **Vorsitzendem des Stadtrates, Herrn Rumpf**, bringt der Geschäftsführer der Landesenergieagentur Sachsen-Anhalt, **Herr Mühlstein**, seine Freude zum Ausdruck, dass der Stadt Dessau-Roßlau nach vier Jahren erneut der European Energy Award verliehen werden kann.

Herr Staatssekretär Rehda, Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie, dankt der Stadt für das notwendige Engagement, um diese Rezertifizierung für diesen Klimaschutzpreis zu bekommen und legt dar, dass der Klimaschutz auch für die Politik auf allen Ebenen wichtig ist.

Der Vorstandsvorsitzende der Stiftung für Umweltschutz, Naturschutz und Klimaschutz, **Herr Stadelmann**, verweist auf den am 28. März 2009 im Rathaushof stattgefundenen Aktionstag der Stiftung, wo das Thema erstmals in die Kommune getragen wurde. Die Stiftung hat weiterhin das Thema gefördert mit der Landesenergieagentur. Von den 105 im Programm der Stadt formulierten Maßnahmen wurden 18 bereits vollständig umgesetzt, 55 Maßnahmen befinden sich in der Umsetzung. Damit stellt sich die Stadt zukunftssicher auf und ist beispielhaft für andere Kommunen im Land und darüber hinaus.

Der Geschäftsführer der Bundesgeschäftsstelle für den European Energy Award, **Herr Butz**, merkt an, dass vor ca. 20 Jahren dieses Instrument von der Schweiz über Österreich nach Deutschland geholt wurde und die Stadt Mitglied in einem Netzwerk von über 1500 Kommunen europaweit ist. Die Stadt Dessau-Roßlau ist 2014 beigetreten und wurde schon nach einem Jahr zertifiziert, was sehr schnell ist und auf eine funktionierende Verwaltung schließen lässt. EEA-Kommunen haben im Schnitt über 500 T€ an Fördermitteln aus der KSE erhalten (Nicht-EEA-Kommunen nur 75 T€) und stärken somit die regionale Wirtschaftsstruktur.

Nach der Überreichung des Awards legt **Herr Oberbürgermeister Kuras** dar, dass es keine leichte Sache war. In der Stadt des Umweltbundesamtes sieht man sich in der Pflicht, auf diesem Gebiet weiter zu arbeiten. Er spricht allen Beteiligten, insbesondere den ehrenamtlichen Mitgliedern des Energietisches, seinen Dank aus.

2 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 41 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern fest. Er informiert, dass Herr Stadtrat Schönau, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, sein Mandat niederlegen wird.

3 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, beantragt, den Tagesordnungspunkt 8.17 „Regenerative Energiegewinnung im Stadtgebiet Dessau-Roßlau, Baustein Photovoltaik“ in die Ausschüsse zu verweisen.

Auf die Frage von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**, warum die Tagesordnungspunkte 8.12 „Ferdinand-von-Schill-Straße/Zerbster Straße 2. Bauabschnitt-Anwendung von Regelbreiten“ und 8.13 „Umgestaltung Ferdinand-von-Schill-Straße/Kreuzung Katholische Kirche/Zerbster Straße 2. Bauabschnitt – Maßnahmebeschluss“ auf der Tagesordnung stehen, obwohl sie in den Fachausschüssen abgelehnt wurden, erwidert **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass aufgrund des Finanzvolumens der Stadtrat die Entscheidung zu treffen hat und die Fachausschüsse für die Vorberatung zuständig waren.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bittet als Einreicher der unter TOP 8.17 aufgeführten Beschlussvorlage darum, diese auf der Tagesordnung für Erörterungen zu belassen und im Weiteren alle Ausschüsse zu beteiligen.

Der **Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, verweist auf das Kommunalverfassungsgesetz § 48 Absatz 3, in dem steht, dass auf Antrag einer Fraktion Anträge, die nicht vorberaten worden sind, den zuständigen beschließenden Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen werden. Damit ist die Beschlussvorlage nicht mehr Gegenstand der Tagesordnung und wird an die zuständigen Ausschüsse Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus verwiesen. Eine Verweisung an weitere Ausschüsse, wie von Herrn Schönemann gewünscht, kann in diesen zuständigen Ausschüssen beantragt werden. Gegen diese Verfahrensweise protestiert **Herr Schönemann**.

Die Tagesordnung wurde ohne den Tagesordnungspunkt 8.17 zur Abstimmung gebracht und mehrheitlich beschlossen (31:06:04).

4 Genehmigung der Niederschrift vom 04.12.2019

Die Niederschrift wird genehmigt (39:00:02).

5 Berichte des Oberbürgermeisters

5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Die Informationen des Oberbürgermeisters sind der Niederschrift als Anlage 1 beige-fügt.

5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt bekannt, dass in der Sitzung des Stadtrates am 04.12.2019 zwei kommunale Grundstücke in Dessau-Waldersee mit Erteilung einer Belastungsvollmacht beschlossen wurden.

6 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:20 Uhr

Bürger 1, Herr Krueger, ist der Pressesprecher der Ortsgruppe Dessau der Organisation Fridays for Future. Er erläutert die an den Stadtratsvorsitzenden übergebene Petition (Anlage 2) und bietet dem Stadtrat und der Stadtverwaltung an, dass die Ortsgruppe Dessau unterstützend mit Ideen und Kontaktdaten zur Umsetzung der Petition zur Seite steht.

Als Ergebnis des Radverkehrskongresses während der Europäischen Woche der Mobilität 2019 und der Maßnahme des „Energiepolitischen Arbeitsprogramms“ wird vorgeschlagen, im Jahr 2020 in Dessau-Roßlau die öffentlichkeitswirksame Kampagne „Stadtradeln“ durchzuführen. Es ist eine sehr geeignete Kampagne, um die Öffentlichkeit, inklusive Politik und Verwaltung, für das Radfahren zu begeistern. Für die Teilnahme sind Mittel in Höhe von 1.800€ erforderlich (Teilnahme, Werbung). Auf Nachfrage beim Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club e.V. (ADFC) ist dieser bereit, die Kampagne personell zu unterstützen. Er fragt, ob die Mittel in 2020 eingeplant sind und ob das Stadtradeln 2020 in Dessau-Roßlau durchgeführt wird. Wenn nicht, sollte erklärt werden, warum nicht.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erwidert, dass die Kampagne „Stadtradeln“ gern in das energiepolitische Arbeitsprogramm aufgenommen werden kann. Die Idee eines solchen Arbeitsprogrammes ist relativ neu und wurde deshalb noch nicht aufgestellt. Da der Haushalt für 2020 schon im Dezember 2019 beschlossen wurde, sind keine Mittel in den Haushalt eingestellt worden. Ob eine Teilnahme an der Kampagne möglich ist, wird geprüft. Sie verweist darauf, dass

die Stadtverwaltung bis 2018 u.a. an der Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ von der AOK teilgenommen hat. Die Auswertung wurde der Stadtverwaltung nicht zur Verfügung gestellt. Deswegen gibt es seit 2019 eine ähnliche verwaltungsinterne Aktion, in der die Mitarbeiter drei Monate ihren Arbeitsweg dokumentieren mussten. Dort haben die Mitarbeiter dieses Jahr über 24.000 km mit dem Fahrrad, zu Fuß oder mit dem Tretroller zurückgelegt und damit 3,6 Tonnen CO² eingespart. Das Projekt wird in diesem Jahr fortgesetzt.

Des Weiteren informiert **Herr Krueger**, dass das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur in den nächsten 4 Jahren Fördermittel in Höhe von 1,4 Mrd. EURO für den kommunalen Radwegbau (kommunale Baulast) zur Verfügung stellt. Es ist davon auszugehen, dass an die Vergabe der Fördermittel mindestens ERA 2010-Standards gebunden sind. Das ermöglicht der Stadt Dessau-Roßlau, auf dringend sanierungsbedürftigen Hauptrouten des Radverkehrs hohe Radverkehrsstandards zu realisieren. Im laufenden Jahr wird es möglich sein, sich die Planungen für den Bau fördern zu lassen. Nach Abwägung des ADFC gibt es folgende identifizierte Hauptrouten mit dringendem Bedarf: Albrechtstraße, Luchstraße und Magdeburger Straße, Teile der Köthener Str. und Junkersstraße sowie der Ersatzneubau der Ferdinand-von-Schill-Str. als Fahrradstraße anhand der vorliegenden Planung. Als weitere Modellfälle kommen die Puschkinallee (Nordseite) und die Ziebigker Straße in Betracht, für die mit diesen Mitteln in Dessau-Roßlau planerisches Neuland mit Leuchtturmfunktion betreten werden kann (Alternative für Gehwegradfahren, neue Ansätze der geschützten Fahrbahnnutzung, Vereinbarkeit mit bestehenden Zwangspunkten durch Baumbestand).

Er fragt, ob die Stadt im Jahr 2020 personelle Kapazitäten im Tiefbauamt bereithalten wird oder mit den besagten Fördermitteln aufstockt, um neue Bauprojekte im Sinne einer Umsetzung des Radverkehrskonzeptes zwischen 2021 und 2023 realisieren zu können. Wie kann die AG Fahrrad dieses Ziel unterstützen bzw. ist es satzungskonform, diesem Gremium ein bindendes Vorschlagsrecht einzuräumen. Wenn das nicht möglich ist, bittet er um eine entsprechende Begründung.

Frau Schlonski erläutert, dass das Vorschlagsgremium der Stadtrat ist. Mit der AG Radverkehr werden verschiedene Projekte gemeinsam besprochen und durchgeführt. Bezüglich der Fördermittel werden im Moment Verhandlungen zwischen Bund und Ländern geführt, um zu entscheiden, wie viele Mittel jedes Bundesland erhält und für welche konkreten Maßnahmen diese vergeben werden.

Herr Krueger bezieht sich auf den Baumbestand der Stadt und fragt, ob es möglich ist, 10-15% der städtischen Wälder nicht zu bewirtschaften, sondern zum Beobachten und Lernen zu erhalten.

Etwa 5 % der kommunalen Wälder befinden sich bereits in einer solchen Bewirtschaftung, erwidert **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**. Des Weiteren besitzt die Stadt große Natura-2000-Gebiete und die Wilde Mul-

de. Sie kann zudem das Projekt „Stadt gibt’s hier natürlich“ empfehlen, welches im Rahmen von „Städte wagen Wildnis“ stattfindet.

Bürgerin 2, Frau Ewald, fragt nach dem Bearbeitungsstand des Änderungsbebauungsplanes Nr. 136 a zur Erweiterung der Waldsiedlung.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erläutert, dass es eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit, der Bürgerinitiative und der Behörde gab. Derzeit werden die Ergebnisse verwaltungsintern aufgearbeitet und in Kürze wird den politischen Gremien eine Beschlussvorlage mit den Ergebnissen vorgelegt.

Die nächste Anfrage von **Frau Ewald** bezieht sich auf das Waldgesetz des Landes Sachsen-Anhalt. In § 8 ist die Verfahrensweise einer Waldumwandlung in eine andere Nutzungsart erläutert. Dieser Paragraph besagt, dass bei der Entscheidung für einen Umwandlungsantrag eine Abwägung vorzunehmen ist. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn der Erhalt des Waldes im öffentlichen Interesse liegt. Da im vorliegenden Fall (Änderungsbebauungsplan Nr. 136 a) privates Interesse betroffen ist, fragt sie, wie bei der Bearbeitung des Änderungsbebauungsplanes mit diesem Passus des Gesetzes umgegangen wird.

Frau Beigeordnete Schlonski sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Bürgerin 3, Frau Müller, geht auf die in mehreren Stadtratssitzungen aufmerksam gemachten Versäumnisse bezüglich der Abrechnung der Fraktionsgelder der Fraktion AfD und die Aufdeckung der Abrechnung durch den ehemaligen Stadtrat, Herrn Hernig, ein, die mehrmals angemahnt wurden. Sie fragt, ob die nicht ordnungsgemäß abgerechneten Fraktionsgelder an die Stadt zurückgezahlt wurden.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, berichtet, dass die Fraktion eine Zusammenfassung vom Rechnungsprüfungsamt erhalten hat. Diese wird innerhalb der Fraktion ausgewertet und anschließend das Ergebnis bekanntgegeben. Er verdeutlicht, dass die jetzige Fraktion keine Nachfolgefraktion der alten Fraktion ist.

Frau Müller weist darauf hin, dass Herr Mrosek das einzige Mitglied ist, das sowohl in der neuen als auch in der alten Fraktion ist.

Herr Rumpf, Stadtratsvorsitzender, informiert, dass im vergangenen Rechnungsausschuss bekanntgegeben wurde, dass rechtlich gesehen mit Ende der Wahlperiode die Fraktion nicht mehr existent ist. In der nächsten Wahlperiode stellen die Fraktionen eine andere juristische Person dar.

Herr Mrosek erklärt, dass die Forderungen sich stark reduziert haben.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, gibt bekannt, dass die schriftlich eingereichten Anfragen des Bürgers 4, Herrn Hernig, nicht verlesen werden. Die Anfragen werden schriftlich beantwortet und sind über die Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzusehen.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Stadtratspetition zur Krankenhausinvestitionsfinanzierung kommunaler Krankenhäuser im Land Sachsen-Anhalt Vorlage: FV/002/2020/StR

Herr Adamek, Fraktion CDU, verliest die Petition und begründet die Wichtigkeit

Für die Zuleitung der Petition an den Ministerpräsidenten, den Landtag und das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration sprechen sich die stimmberechtigten Mitglieder des Stadtrates einstimmig aus (41:00:00).

Der Tagesordnungspunkt wurde nachträglich (vor dem TOP 8.3) auf die Tagesordnung genommen.

Nach diesem Tagesordnungspunkt erscheint **Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, zur Sitzung. (42)

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau fordert die Landesregierung von Sachsen-Anhalt auf, unverzüglich der gesetzlichen Pflicht zur Krankenhausinvestitionsfinanzierung nachzukommen. Er befürwortet das geplante Landeskreditprogramm in Höhe von 700 Mio. Euro zur Finanzierung der kommunalen Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt und empfiehlt, diese Mittel als Pauschalförderung nach dem bisherigen Schlüssel auszureichen, um das Verfahren zu beschleunigen und den Kliniken die Gestaltung der kurzfristig notwendigen Investitionen zu ermöglichen. Es wird an die Landesregierung appelliert, zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den Krankenhäusern und deren Mitarbeitern zurückzukehren und somit politischen und wirtschaftlichen Schaden vom Land Sachsen-Anhalt abzuwenden.
2. Der Vorsitzende des Stadtrates soll diese Petition dem Ministerpräsidenten, dem Landtag und der Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration zuleiten.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Dr. Brozowski, Fraktion Die Linke, fragt, welche öffentlichen Freiflächen und im Zugriff der Stadt befindlichen Dächer bereits mit Photovoltaikanlagen bestückt sind und welche weiteren Freiflächen und Dächer zukünftig durch die Stadt mit Photovoltaikanlagen genutzt werden könnten. Für die Freiflächen gibt es bereits eine Ausarbeitung aus dem Jahr 2014, was bei der Beantwortung berücksichtigt und aktualisiert werden könnte. Weiterhin möchte er wissen, ob die Verwaltung die Auffassung teilt, dass in den Zeiten des Klimawandels das Thema der dezentralen regenerativen Energieversorgung ein Querschnittsthema von äußerster Wichtigkeit ist, welches neben den Umweltbelangen ebenso Baufragen, Fragen der Energieversorgung, städteplanerische, wirtschaftliche und haushälterische Fragen und nicht zuletzt auch die sozialen Fragen berührt. Dieses **Thema** soll, **koordinierend durch den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, in allen Ausschüssen beraten werden.**

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erläutert, dass es keine Genehmigungspflicht für die Photovoltaikanlagen gibt, außer in den Bereichen des Denkmalschutzes und aufgrund der Statik. Insofern kann sie nicht genau sagen, auf welchen Dächern sich solche Anlagen befinden. Eine Tochterfirma kann herausfinden, wie viel Energie aus diesen Anlagen in das öffentliche Netz eingespeist wird. Zur Frage der dezentralen Energieversorgung verweist sie auf den von der Stadt vorgelegten Energiebericht, woraus ersichtlich ist, dass die Stadt sich mit diesem Thema befasst.

Herr Dr. Brozowski stellt folgende Fragen:

- Welche öffentlichen Freiflächen bzw. Dächer, die im Zugriff der Stadt liegen, sind mit Photovoltaikanlagen ausgestattet?
- Hat die Verwaltung ein festgelegtes Vorgehen bezüglich Ersatzpflanzungen im Stadtgebiet. Wenn nein, warum nicht und wenn ja, in welcher Weise gibt es diese und warum wird das Verfahren nun geändert?
- Welche Strukturen bzw. Ämter sind für die verschiedenen Aspekte in Sachen Baumfällungen, Baumpflanzungen und Baumschutz zuständig?
- Wie wird eine adäquate Kommunikation zwischen den Strukturen gewährleistet?
- Wie viele Bäume sind seitens der Stadt gelistet?
- Wie viele Bäume, die in der Verantwortung der Stadt liegen, wurden in den letzten 3 Jahren gefällt?
- In welchem Umfang sind Straßen- und Alleegebäume betroffen?
- Wie viele Bäume wurden in diesem Zusammenhang tatsächlich bisher nachgepflanzt und wie viele müssen aufgrund der Baumschutzsatzung nachgepflanzt werden?

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, bittet Herrn Dr. Brozowski, diese Angelegenheit im zuständigen Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zu thematisieren.

Der **Vorsitzende des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, Herr Adamek**, nimmt diesen Fragekatalog zur Thematisierung auf.

Frau Schlonski informiert, dass diese Thematik auf mehrere Dezernate verteilt ist und an einer effizienten Lösung gearbeitet wird.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, mahnt die Aktualisierung der Öffnungszeiten des Bauhaus-Museums im Internet an, damit die Touristen nicht vor verschlossener Tür stehen. Aufgrund der Verkehrssituation in der Askanischen Straße (Reduzierung der Fernverkehrsstraße auf eine Fahrbahn) fragt er, ob es sich um eine Übergangslösung handelt, oder ob das ein Dauerzustand bleibt.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erläutert, dass die Veranlassung der Verkehrsänderung mit der aktuellen Situation in der Kantorstraße zusammenhängt. Seit einigen Wochen befindet sich dort ein Polizeicontainer. Durch diesen abhandenkommenden Parkraum, wurden Parkmöglichkeiten in der Askanischen Straße geschaffen.

Frau Lemke, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, spricht über die aktuelle Ministerwahl im Bundesland Thüringen und informiert, dass die dortige AfD von einem Faschisten geführt wird. Sie möchte, dass die Parteien darauf hin wirken, dass diese Entscheidung von Thüringen rückgängig gemacht wird.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, unterstützt die Aufforderung von Frau Stadträtin Lemke und macht auf eine Veranstaltung der Bürgerinitiative „Faire Straßen“ des Landes Sachsen-Anhalt aufmerksam. Diese findet am 06.02.2020, um 17:00 Uhr, in Köthen statt.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, berichtet, dass nach seinem bisherigen Kenntnisstand das Verfahren auf kommunalaufsichtliche Prüfung noch nicht beendet wurde. Des Weiteren spricht er die Straßenverhältnisse in Kleinkühnau an, u.a. ist die Siedlung Bergens Busch seit dem Regenbeginn nicht mehr passierbar. Die Bitten, Forderungen und Anträge der Ortschaften sollten ernst genommen werden und die Stadt muss ihren Pflichten nachkommen.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, macht darauf aufmerksam, dass die Gleichstellungsbeauftragte im kommenden Monat in den Ruhestand geht und fragt, wieso noch keine Ausschreibung erfolgt ist.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, berichtet, dass die Mitarbeiterin in den vorzeitigen Ruhestand gehen wird und diese Information noch kein halbes Jahr der Verwaltung bekannt ist. Die Ausschreibung ist in der Vorbereitung und es wird eine zeitnahe Besetzung erfolgen.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, bezieht Stellung zur aktuellen politischen Situation in Thüringen und stellt an schließend folgende Fragen zur Berufsfeuerwehr:

- Wie ist die Berufswehr bei einem Brand eines Elektroautos in einer Tiefgarage ausgestattet, wie ist die Berufsfeuerwehr bei einem Brand einer Photovoltaikanlage gerüstet und wie agiert die Berufsfeuerwehr bei einem Brand einer Windmühle.

Herr Kuhnhold, Amtsleiter des Amtes für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, erläutert, dass im Fall eines Brandes an der Gondel eines Windrades aufgrund von Sicherheitsvorschriften nicht gelöscht wird. Es wird ein Sicherheitsabstand von 500 m eingehalten und darauf geachtet, dass das Feuer sich nicht weiter ausbreitet. Hinsichtlich der brennbaren Stoffe, die sich in dem Windrad befinden, fungiert die Gondel als Auffangraum. Zu dem Thema der E-Autos in Tiefgaragen beschreibt er, dass sich in den meisten Tiergaragen Sprinkleranlagen befinden. Bei einem entsprechenden Brand werden genügend Personal, Wasser und Reservekräfte bereitgestellt. Der Löschvorgang eines Elektroautos entspricht dem Löschvorgang eines brennenden Fahrzeuges auf offener Fläche. Bei der Löschung von Photovoltaikanlagen gilt die Verfahrensweise wie bei der Brandbekämpfung von elektrischen Anlagen.

Herr Adamek, Fraktion CDU, bedankt sich für die Ausführungen und bittet darum, diese Hinweise bei der Stellungnahme im Rahmen der Errichtung der neuen Windkraftanlagen in Dessau Mosigkau zu beachten. Zu dem Hinweis von Herrn Stadtrat Weber merkt er an, dass die Behebung der losen Straßenbeläge im Haushalt 2018 gefordert, aber die Umsetzung als nicht notwendig empfunden wurde. Mit dem Projekt Stadteingang Ost wird eine gute Basis für die Bewerbung bei der Bundesgartenschau geschaffen. Er berichtet, dass Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, im übernächsten Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt einen genaueren Zeitplan vorstellen wird. Abschließend erfragt er den Sachstand zur Erweiterung der Verteilstationen mit gelbe Säcke.

Frau Nußbeck gibt bekannt, dass eine weitere Station im Stadtteil Zoberberg errichtet werden soll. Der Vertragspartner ist REMONDIS. Genauere Informationen werden im nächsten Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt mitgeteilt.

Herr Hartmann, Fraktion SPD, berichtet von einer Veranstaltung im November 2019. Dort wurde von der Arbeitsgruppe Charta der Toleranz eine Unterschriftenliste an die Stadtverwaltung übergeben, welche im Ratssaal aufgehängt werden soll.

Herr Oberbürgermeister Kuras bestätigt, dass die große Version im Ratssaal und die Kleine im Eingangsbereich des Ratssaales aufgehängt wird.

Zur Frage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, ob es von der Landesregierung ein Feedback bezüglich einer Bewerbung bei der Bundesgartenschau gibt, informiert **Herr Oberbürgermeister Kuras**, dass ein unverbindliches Gespräch geführt und zwei interne Beratungen mit dem Geschäftsführer der Bundesgartenschau stattgefunden haben. Zu einer möglichen Förderung werden derzeit Gespräche mit der Landesregierung geführt. Das Auswahlverfahren bei der Bundesgartenschau wird fairer gestaltet und eine endgültige Entscheidung rechtzeitig getroffen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bemerkt, dass aufgrund der erschwerten Verkehrssituation weniger Bürger aus dem Umland in die Stadt kommen und dadurch immer mehr Geschäfte schließen müssen. Des Weiteren berichtet er von Lampen, die mit dem LED Leuchtmedium hergestellt werden. Es besteht keine Wiederverwertung dieser Lampen, was nicht zur Förderung des Umweltschutzes beiträgt. Die Verwaltung sollte in den jeweiligen Ausschüssen darüber informieren, was in den letzten 15 Jahren zum Thema Photovoltaikanlagen geschehen ist und eine Übersicht vorlegen, welche kommunalen Dächer für private Investoren, oder für die Stadtwerke zur Verfügung gestellt werden können. Er informiert abschließend darüber, dass das Gorbatschow-Denkmal am 03.10.2020 eingeweiht werden soll.

Frau Müller, Fraktion CDU, erfragt den aktuellen Sachstand zum Abbau der Einrichtungen der Bushaltestellen in Roßlau.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, berichtet, dass die Ausschreibung zurzeit läuft. Des Weiteren gibt **Herr Säbel, Amtsleiter des Tiefbauamtes**, bekannt, dass die Submission in den nächsten Wochen zusammentritt und der Prozess somit weiter voranschreitet.

Herr Michael Frisch, Fraktion AfD, möchte vom Eigenbetrieb Stadtpflege wissen, warum die Sträucher an der Kreuzung Alte Landebahn/Hünefeldstraße noch nicht entfernt wurden. Erst kürzlich ereignete sich dort ein schwerer Unfall. Bereits in der Vergangenheit haben die Ortschaftsräte von Groß- und Kleinkühnau diesbezüglich angefragt.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, entgegnet, dass der Stadtpflegebetrieb nur tätig wird, wenn er vom Tiefbauamt beauftragt wird. Der Sachverhalt muss geprüft werden.

Des Weiteren berichtet **Herr M. Frisch**, dass die Bürger aus dem Amtsblatt erfahren mussten, dass ganze Ortskerne nun unter Denkmalschutz gestellt werden. Dadurch erhöht sich die finanzielle Belastung der Einwohner, u.a. durch erhöhte Bau- und Sanierungskosten, Sicherungskosten sowie erhebliche Gebühren. Er fragt, wieso der Ortschaftsrat nicht vorab darüber informiert wurde und bittet um eine ausführliche schriftliche Antwort, welche auch dem Ortschaftsrat Großkühnau zugestellt werden soll.

Frau Schlonski erklärt, dass in sämtlichen Ausschüssen vorab darüber informiert wurde.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, berichtet, dass sich der Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport zur Denkmalsatzung verständigt hat. Des Weiteren berichtet er vom Bauhausjubiläum im vergangenen Jahr und den deshalb aufgestellten Masterplan. Das Anliegen der Fraktion Die Linke ist es, eine Bilanz zum Masterplan, dessen Ergebnisse sowie zur Fortschreibung zu ziehen. Die Verwaltung sollte die Ergebnisse in den nächsten Tagen in geeigneter Form vorstellen. Abschließend stellt er die Frage, was passieren würde, wenn sich der Investor vom Schloßplatz zurückzieht und ob dann mit einer Schadensersatzklage zu rechnen wäre.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtet, dass die Verhandlungen mit dem Investor in letzter Zeit nicht erfreulich waren, aber bis jetzt noch kein Abbruch bekannt ist. Über rechtliche Konsequenzen kann er derzeit keine verbindlichen Aussagen treffen.

Frau Lemke, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, informiert über einen regionalen Hersteller, der dimmbare Straßenbeleuchtung aus LED-Leuchtmitteln anbietet und bedauert, dass dies nicht gefördert wird.

Herr Adamek spricht die Radwegebeleuchtung in Kochstedt an. Seit zwei Jahren ist diese Problematik bereits bekannt und es gab seitens der Verwaltung schon Zusicherungen. Da diese Thematik verwaltungsintern hin und her gereicht wurde, bittet er den Oberbürgermeister um eine feste Bearbeitungsstelle und die Umsetzung.

Der **Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, bittet um Behandlung der Thematik im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt.

8 Beschlussfassungen

8.1 Berufung der stimmberechtigten Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Dessau-Roßlau für die Dauer der Wahlperiode des Stadtrates **Vorlage: BV/453/2019/V**

Nach der Beschlussfassung wird den anwesenden Mitgliedern die Bestellsurkunde überreicht.

Beschluss:

Als stimmberechtigte Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Dessau-Roßlau nach § 5 der Satzung des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Dessau-Roßlau sollen folgende Personen für die Dauer der Wahlperiode des Stadtrates berufen werden:

1. Frau Gabriele Bachmann als Vertreterin der Selbsthilfeorganisationen und Vereine für die Belange von Menschen mit Behinderung (Vertreterin Kontaktstelle der Selbsthilfegruppen)

2. Herr Manfred Grimm als Vertreter der Selbsthilfeorganisationen und Vereine für die Belange von Menschen mit Behinderung (Blinden- und Sehbehindertenverband)
3. Herr Andreas Schwierz als Vertreter der Selbsthilfeorganisationen und Vereine für die Belange von Menschen mit Behinderung (Selbsthilfegruppe Nieren e.V.)
4. Frau Anja Clement als Vertreterin der Selbsthilfeorganisationen und Vereine für die Belange von Menschen mit Behinderung (Verein ALS-mobil e.V.)
5. Frau Sabine Okabe als Vertreterin der Selbsthilfeorganisationen und Vereine für die Belange von Menschen mit Behinderung (Behindertenverband)
6. Frau Nicole Zeige als Vertreterin der Selbsthilfeorganisationen und Vereine für die Belange von Menschen mit Behinderung (Lebenshilfe Dessau e.V.)
7. Herr Frank Jänicke als Person mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 v.H.
8. Frau Gisela Hoffmann als Vertreterin der Freien Wohlfahrtspflege
9. Herr Matthias Lieschke als Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
10. Frau Heike Paesold als Vertreterin des Dezernat für Gesundheit, Soziales und Bildung
11. Der/ Die Behindertenbeauftragte/r der Stadt Dessau-Roßlau

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

**8.2 Berufung der stimmberechtigten Mitglieder des Seniorenbeirates
gemäß § 5 Abs. 2 der Satzung des Seniorenbeirates der Stadt Des-
sau-Roßlau
Vorlage: BV/458/2019/V**

Nach der Beschlussfassung wird den anwesenden Mitgliedern die Bestellungsurkunde überreicht.

Beschluss:

Als stimmberechtigte Mitglieder des Seniorenbeirates der Stadt Dessau-Roßlau nach § 5 der Satzung des Seniorenbeirates der Stadt Dessau-Roßlau sollen folgende Personen für die Dauer der Wahlperiode des Stadtrates berufen werden:

12. Herr Christian Stenzel als Vertreter des Stadtverbandes Die Linke
13. Frau Petra Nickel als Vertreterin der Volkssolidarität 92 Dessau-Roßlau e.V.
14. Frau Monika Andrich als Vertreterin des Bürger- und Heimatvereines Waldersee e.V.
15. Herr Falk Bolze als Vertreter des Ortschaftsrates Roßlau
16. Frau Eveline Röder als Vertreterin des Stadtverbandes der Volkssolidarität, Seniorenchor „Krötenhof“
17. Frau Edeltraud Deutrich als Vertreterin des ver.di Senioren-Ortsvereines Dessau-Roßlau
18. Frau Ingrid Vogts als Vertreterin der evangelischen Landeskirche Anhalts, Kirchenkreis Dessau
19. Frau Gabriele Perl als Mitglied des Ausschusses für Gesundheit und Soziales
20. Frau Heike Paesold als Vertreterin des Dezernates für Gesundheit, Soziales und Bildung
21. Der/ Die ehrenamtliche/r Seniorenbeauftragte/ r der Stadt Dessau-Roßlau

Abstimmungsergebnis: 42:00:00

Im Anschluss wird in der Zeit von 18:16 Uhr bis 18:37 Uhr eine Pause durchgeführt.

8.3 Vorschlagsliste für ehrenamtliche Richter beim Sozialgericht Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/464/2019/II-30

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beschließt die als Anlage beigefügte Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtliche Richter für das Sozialgericht Dessau-Roßlau.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum/Bürgerliste, nimmt an der Abstimmung zur Beschlussvorlage nicht teil (41).

8.4 Wirtschaftsplan 2020 des Städtischen Klinikums Dessau
Vorlage: BV/231/2019/V-SKD

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2020 für den Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dessau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 42:00:00 (mit Frau Grabner)

8.5 Redaktionsstatut für die Herausgabe des Amtsblattes der Stadt
Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/380/2019/I-OB

Es ist nicht nötig, den Oberbürgermeister verpflichtend in die Verantwortung zu nehmen, stattdessen sollten die Fraktionen zu dem schon einmal bestandenen Ehrenkodex zurückkommen, erklärt **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke**.

Beschluss:

Das anliegende Redaktionsstatut für die Herausgabe des Amtsblattes der Stadt Dessau-Roßlau (Anlage 4) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 26:16:00

8.6 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse
Vorlage: BV/368/2019/II-30

Herr Fricke stellt für die **SPD-Fraktion** folgende Änderungsanträge:

1. § 6 Abs. 3 Satz 2: Die Einwohnerfragestunde soll auf höchstens **60 Minuten** begrenzt sein.
2. § 6 Abs. 5: Angelegenheiten der Tagesordnung können nicht Gegenstand der Einwohnerfragestunde sein. **Gestrichen** werden soll der Satz: „**Diese Einschränkung findet in den Ausschüssen keine Anwendung.**“
3. § 11 soll um folgenden **Absatz 5** ergänzt werden: „**Werden die Anträge Schluss der Rednerliste oder Schluss der Aussprache und Abstimmung angenommen, wird Fraktionen und fraktionslosen Stadträten, die noch nicht zum betreffenden Tagesordnungspunkt gesprochen haben und die**

durch die Geschäftsordnungsbeschlüsse nicht mehr zu Wort kämen, auf deren Antrag ein einmaliges Rederecht gewährt.“

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, spricht sich dafür aus, Gegenstände, die auf der Tagesordnung stehen, in der Einwohnerfragestunde der Ausschüsse zuzulassen, da dann die Möglichkeit besteht, auf bestimmte Dinge hingewiesen zu werden. Beispielhaft geht er auf die noch zu behandelnde Beschlussvorlage zur Grundschule „Tempelhofer Straße“ ein. Hier hat der Stadtbezirksbeirat, der als letzter beteiligt wurde, auf die schlechte Parkplatzsituation hingewiesen. In der Ausschusssitzung hat das Baudezernat erklärt, dass sie für die Parksituation nicht zuständig sind. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sollte, losgelöst von dem heutigen Beschluss, eine Stellungnahme der Verwaltung zu dem gesamten Thema erfolgen. Die Leute, die vor Ort sind, müssen zuerst beteiligt werden, das sind die Bürger oder der Stadtbezirksbeirat.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, verweist, auch als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, auf die jetzt hergestellte Transparenz in den Ausschüssen. Die Tagesordnung müsse rechtzeitig an die Wirtschaft verschickt werden, damit sie an der Sitzung teilnehmen und ihre Beiträge leisten können, die dann in Zusammenarbeit mit der Politik umgesetzt werden können.

Für die **Fraktion Die Linke** stellt **Herr Fessel** den **Änderungsantrag**, den **letzten Satz im § 6 Absatz 3 – Einwohnerfragestunde – zu streichen** und wie folgt zu **ersetzen**: „Die Einwohnerfragestunde wird auf 10 Einwohner begrenzt. Haben sich mehr als 10 Einwohner angemeldet, erfolgt die Beantwortung nach der Reihenfolge des Einganges. Darüber hinaus gehende Anfragen werden schriftlich beantwortet. Diese Fragen werden in geeigneter Form bekannt gegeben (z. B. im Amtsblatt, Internetportal der Stadt).“

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, bringt die **Änderungsanträge zur Abstimmung**.

- Der **Änderungsantrag** der Fraktion **Die Linke** zur **Begrenzung der Einwohnerfragestunde auf 10 Einwohner** wird mehrheitlich **abgelehnt**.
- Der **Änderungsantrag (1)** der Fraktion **der SPD**, die **Fragestunde auf höchstens 60 Minuten zu begrenzen**, wird mehrheitlich **abgelehnt**.
- Der **Änderungsantrag (2)** der Fraktion **der SPD**, in den Ausschüssen **keine Einwohnerfragen zu Themen, die auf der Tagesordnung stehen, zuzulassen**, wird mehrheitlich **abgelehnt**.
- Der **Änderungsantrag (3)** der Fraktion **der SPD**, nach **Schluss der Rednerliste Fraktionsmitgliedern und fraktionslosen Stadträten, die bisher noch nicht geredet haben, das Rederecht zu erteilen**, wird mehrheitlich **abgelehnt**.

Beschluss:

Der Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seiner Ausschüsse einschließlich der Richtlinie über die digitale Ratsarbeit wird zugestimmt (Anlagen 2 und 3).

Abstimmungsergebnis: 41:00:01

8.7 Entschädigungssatzung **Vorlage: BV/466/2019/II-30**

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, erläutert, dass die Beschlussvorlage nach intensiver Diskussion im Haupt- und Personalausschuss nicht beschlossen wurde. Da die Mehrheit der anwesenden Stadträte signalisiert hatte, zu dieser Rechtsgrundlage eine Petition an den Innenminister zu versenden, hat die Verwaltung im Vorfeld einen entsprechenden Entwurf bereits ausgereicht. Die Punkte, die für die Feuerwehr gelten, wurden bereits seitens des Innenministeriums zurückgenommen. Auch ohne Zustimmung zur Entschädigungssatzung können die Zahlungen, da wo der Gesetzgeber eine Ausschlussfrist zum 31.12.2019 gesetzt hat, nicht veranlasst werden, da die Kommunalentschädigungsverordnung gilt.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, verweist darauf, dass der Verwaltung bereits im April letzten Jahres diese Verordnung zugegangen ist und der Stadtrat hätte informiert werden müssen, um sich dem Minister entgegenstellen zu können. Die Verordnung stellt in der hier gezeigten detaillierten Form einen unlauteren und unzulässigen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar. Es sind in der bisherigen Satzung keine ungebührlich hohen Sätze enthalten, Fraktionsgeschäftsführer sind notwendig und ebenso das Präsidium des Stadtrates. Deshalb ist der formulierte Auftrag an den Innenminister gerechtfertigt, jedoch weiß er nicht, ob die Aussage von Frau Nußbeck, dass die bisherige Regelung nicht mehr angewendet werden darf, richtig ist.

Herr Mrosek, Faktion AfD, bezweifelt, dass die Stadt sich über eine Ministerweisung hinwegsetzen kann und erklärt, dass die AfD die Satzung zur Reduzierung der Pauschalen befürwortet.

Herr Schönemann erklärt, dass die **Fraktion Die Linke**, die Beschlussvorlage ablehnt.

Herr Oberbürgermeister Kuras geht auf das anzuwendende höherrangige Recht ein. Aus den kommunalen Spitzenverbänden weiß er, dass dieses Thema nach wie vor in der Diskussion ist, jedoch muss die Petition an den Innenminister geschickt werden.

Die Entschädigungssatzung wird **abgelehnt**.

Nach dem Tagesordnungspunkt 8.18 bittet **Herr Oberbürgermeister Kuras** um Abstimmung, dass der Stadtratsvorsitzende legitimiert wird, den entsprechenden Brief an den Innenminister zu unterzeichnen und zu versenden. Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf, ruft den Tagesordnungspunkt 8.7 erneut auf. Der Stadtrat spricht sich für die vorgeschlagene Verfahrensweise mehrheitlich (33:07:01) aus.

Abstimmungsergebnis: 05:33:03

- 8.8 2. Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche für die allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau**
Vorlage: BV/422/2019/V-40

Beschluss:

Die 2. Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche für die allgemeinbildenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

- 8.9 Aufstellungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 65 "Freiflächenphotovoltaikanlage an der Lukoer Straße" und Einleitung des Verfahrens zur 3. Änderung des Teilflächennutzungsplanes Roßlau**
Vorlage: BV/424/2019/III-61

Nach der Bekanntgabe des einstimmigen Abstimmungsergebnisses (08:00:00) des Ortschaftsrates Roßlau durch Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt dem in der Anlage 2 zu diesem Beschluss enthaltenen Antrag der actensys GmbH auf Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zu.
2. Für das in Anlage 3 zu diesem Beschluss dargestellte Gebiet wird beschlossen:

- den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 65 „Freiflächenphotovoltaik an der Lukoer Straße“ aufzustellen und parallel dazu
 - die 3. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau einzuleiten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Antragsteller einen städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Planungskosten abzuschließen.
4. Der Beschluss über die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 65 „Freiflächenphotovoltaik an der Lukoer Straße“ und die Einleitung der 3. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

8.10 Gesamtmaßnahmebeschluss
STARK III plus EFRE - Grundschule "Tempelhofer Straße
Vorlage: BV/440/2019/III-65

Beschluss:

1. Die energetische und allgemeine Sanierung der Grundschule „Tempelhofer Straße“ wird auf der Grundlage der vorliegenden Fördermittelbescheide im Rahmen des Programms STARK III plus EFRE mit einer Gesamtausgabe i. H. von 7.253.655,78 € (brutto) beschlossen.
2. Die Neugestaltung der kompletten Freianlagen incl. Schulhof- und Sportflächen wird als parallel laufende zusätzliche Maßnahme mit einer Gesamtausgabe i.H. von 1.500.000,00 € (brutto) beschlossen.
3. Die Ausstattung der generalsanierten Grundschule wird als Folgemaßnahme mit einer Gesamtausgabe i.H. von 525.000,00 € (brutto) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

**8.11 Gesamtmaßnahmebeschluss
Sanierung des Gebäudes der Sozialen Begegnungsstätte in der Törtener Straße 13 - 14
Vorlage: BV/441/2019/III-65**

Beschluss:

Die Sanierung des Gebäudes der Sozialen Begegnungsstätte in der Törtener Straße 13 - 14 wird auf der Grundlage der vorliegenden Fördermittelbescheide mit einer Gesamtausgabe i. H. von 3.444.500,00 € (brutto) beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

**8.12 Ferdinand-von-Schill-Straße/Zerbster Straße 2. Bauabschnitt - Anwendung von Regelbreiten
Vorlage: BV/439/2019/III-66**

Abstimmungsergebnis: 07:34:00

Die Beschlussvorlage wird abgelehnt.

**8.13 Umgestaltung Ferdinand-von-Schill-Straße/Kreuzung Katholische Kirche/Zerbster Straße 2. Bauabschnitt - Maßnahmebeschluss -
Vorlage: BV/362/2019/III-66**

Auf die Frage von **Herrn Mrosek, Fraktion AfD**, weshalb ein Maßnahmebeschluss vorgelegt wird, wenn es noch keine Förderzusage seitens des Fördermittelgebers gibt (was auch den TOP 8.12 betrifft), entgegnet **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, dass auch ohne das Vorliegen der Zusage ein Maßnahmebeschluss gefasst werden kann.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärt mit Nachdruck, dass es ein Pyrrhussieg (zu teuer erkaufter Erfolg) wäre, wenn jetzt eine Entscheidung zum Ausbau der Straße erfolgen würde, da die Landesregierung sicher eine Finanzierungsquelle finden wird, damit die Ferdinand-von-Schill-Straße eine Chance erhält. Deshalb stimmt die Fraktion Die Linke gegen diese Beschlussvorlage.

Herr Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, bemerkt, dass sich ein Teil der Fraktion bei der Abstimmung zum Maßnahmebeschluss enthalten wird, aber einige auch zustimmen werden. Er persönlich wird der Beschlussvorlage zustimmen. Seitens der Fraktion erfolgten konkrete Vorschläge bis hin zu einem Aussetzen der Beiträge. Mit der Zustimmung wird ein klares Signal gesetzt, dass dem Ausbau dieser kaputten Straße keine Chance gegeben wird.

In einer Situation, wo über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gesprochen wird, ist es aus Sicht der **CDU-Fraktion** nicht vertretbar, Straßenausbaubeiträge einzufordern, merkt **Herr Adamek** an.

Des Weiteren hätten in der Diskussion mehr Eigentümer eingebunden werden müssen. Die CDU-Fraktion lehnt die Beschlussvorlage ab.
Die Beschlussvorlage wird **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis: 05:32:04

**8.14 Änderung des Arbeitspreises für Trinkwasser im Preisblatt der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (DESWA)
Vorlage: BV/454/2019/III-66**

Herr Mrosek, Fraktion AfD, geht insbesondere auf einen Artikel der Mitteldeutschen Zeitung ein, in dem Preisvergleiche mit anderen Kommunen aufgeführt sind und erklärt, dass die Fraktion AfD aus jetziger Sicht gegen die Beschlussvorlage stimmen wird. Er bittet den Geschäftsführer der Stadtwerke, Herrn Höll, Ausführungen zu den Erhöhungen und zum Vergleich mit anderen Kommunen zu machen.

Nach Erteilung des **Rederechtes**, geht der **Geschäftsführer der Stadtwerke, Herr Höll**, auf den Bericht der Mitteldeutschen Zeitung ein und erklärt, dass Mühlstedt mit der DESWA nichts zu tun hat, da Mühlstedt bisher nicht zum Versorgungsgebiet gehört. Er bittet um Verständnis dafür, dass Herr Zänger und er sich gegen eine Presseinformation entschieden haben, da erst die Entscheidung des Stadtrates erfolgen sollte. In der Mitteldeutschen Zeitung wurde der Arbeitspreis genannt, dieser ist aber nur ein kleiner Teil. In der Stadt Dessau-Roßlau gibt es den Arbeitspreis und den Grundpreis, andere Versorger im Umland nehmen teilweise noch einen Messpreis. Nach umfassenden Kalkulationen wurde eine 5-Jahresplanung erstellt, welche extern geprüft und dem Aufsichtsrat zur Bestätigung vorgelegt wurde. Es besteht ein Verhältnis von 75% Arbeitspreis und 25% Grundpreis sowie ein hoher Investitions- und Sanierungsbedarf. Abschließend geht Herr Höll auf den Vergleich der Komplettpreise, der auch den Unterlagen beigelegt ist, und auf die nachhaltige Versorgung der Bevölkerung ein.

Beschluss:

Das Preisblatt für Trinkwasser der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH wird mit Wirkung zum 01.04.2020 beschlossen. Der Arbeitspreis für Trinkwasser wird von derzeit 1,80 EUR/m³ (netto)/1,93 EUR/m³ (brutto) erhöht auf 1,95 EUR/m³ (netto)/2,09 EUR/m³ (brutto).

Abstimmungsergebnis: 30:03:08

8.15 Reduzierung der Hundesteuer **Vorlage: FV/025/2019/AfD**

Als Einreicher der Beschlussvorlage erläutert **Herr Michael Frisch** für die **Fraktion AfD** die Beschlussvorlage und verweist darauf, dass die Gegenfinanzierung in Höhe von 277 T€ durch Einsparungen beim Anhaltischen Theater erfolgen könnte, in dem sich das Land finanziell mehr beteiligt und überteuerte Bauprojekte wegfallen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkt, dass es bei Hunden in erster Linie um Tierliebe und Sicherheit geht. Deshalb regt er an, sich mit diesem Thema gründlich auseinanderzusetzen, indem bspw. die Hundesportvereine instrumentalisiert werden, um einen Hundeführerschein erlangen zu können, sodass eine entsprechende tierlieb- und artgerechte Begleitung, aber auch Sicherheit durch eine entsprechende Befähigung gewährleistet wird. Er geht auf die schlechten Rahmenbedingungen in der Stadt ein, so gibt es keine freie Auslaufstelle, die umzäunt und sicher ist. Ein weiteres Thema stellt der Hundekot dar. Hier könnten seitens der Stadt Sammelbehälter zur Entsorgung aufgestellt werden. Deshalb sollte das Thema vollumfänglich diskutiert werden. Er bittet die einreichende Fraktion, die Beschlussvorlage zurückzuziehen, damit das Thema fach- und sachgerecht diskutiert werden kann.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, schließt sich dem Vorschlag einer weiteren Beratung an, da die von Herrn Schönemann dargelegten Argumente nicht von der Hand zu weisen sind. Auf die ablehnenden Argumente im Finanzausschuss eingehend, dass Dessau ein Oberzentrum ist, verweist er auf die ländliche Gegend, in der ein Hund normal ist. Deshalb sollte geschaut werden, was die Nachbargemeinden bezahlen, als Beispiel nennt er den Landkreis Wittenberg, in dem die Bürger 35,00 EURO für einen Hund bezahlen. Berücksichtigt werden sollte ebenfalls, dass es keine Kampfhunde, sondern Vermutungshunde gibt.

Herr Mrosek zieht die Beschlussvorlage, mit der Maßgabe der Überweisung an den Ausschuss für Finanzen, zurück.

8.16 Anpassung der Einstufung in gefährliche Hunde an das Landesgesetz **Vorlage: FV/026/2019/AfD**

Als Einreicher der Beschlussvorlage erklärt **Herr Mrosek, Fraktion AfD**, dass die in der Satzung der Stadt eingestuft gefährlichen Hunde nicht identisch mit der des Landesverwaltungsamtes sind. Die übergeordnete Satzung und auch Satzungen anderer Gemeinden besagen etwas anderes. In unserer Satzung sind Hunde aufgeführt, die als Kampfhunde gelten und im Landesverwaltungsamt nicht, weshalb diese betreffenden Hunderassen aus der Satzung der Stadt Dessau-Roßlau gestrichen werden sollen.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, geht auf die unterschiedlichen Landeslisten bezüglich der als gefährlich definierten Hunde ein. Die Stadt Dessau-Roßlau hat 9 Rassen mehr in der Hundesteuersatzung benannt als in der Landesliste stehen, was legitim ist, da es zur kommunalen Selbstverwaltung gehört, welche Hunde als gefährlich definiert werden. Zum bestehenden Sauberkeitsproblem wird die Verwaltung einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Klarstellend legt sie dar, dass man nicht vor dem Landesverfassungsgericht die finanzielle Gleichstellung mit Magdeburg und Halle erstreiten kann, um die gleiche Gewichtung beim Finanzausgleich zu erhalten, und dann vergleicht man sich bei den Steuern aber mit Dörfern, die ganz andere Einnahmen aus dem Finanzausgleich haben. Zur Senkung der Hundesteuer um 277 T€ stellt sie an die AfD die Frage, ob es ernst gemeint ist, dass der Deckungsbeitrag für die Senkung der Hundesteuer aus den Zuwendungen für das Theater genommen werden soll. Die Mitarbeiter des Theaters verzichten seit über 6 Jahren auf 10% ihres Einkommens zur Unterstützung des Theaters.

Herr Mrosek, Fraktion AfD, erwidert, dass das Land bezüglich des Theaters mehr in die Pflicht genommen werden muss. Auch wurden noch andere Finanzierungsmöglichkeiten angesprochen. Weil es sich um eine kommunale Selbstverwaltung handelt, sollten die 4 Vermutungshunde, die das Landesverwaltungsamt festgeschrieben hat, übernommen und die anderen gestrichen werden.

Die Beschlussvorlage wird **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis: 09:28:03

Herr Präger, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, verließ vor der Abstimmung die Sitzung (40)

**8.17 Regenerative Energiegewinnung im Stadtgebiet Dessau-Roßlau,
Baustein Photovoltaik
Vorlage: FV/001/2020/Linke**

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung genommen und in die Fachausschüsse (Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus/Bauwesen und Verkehr) **verwiesen**.

8.18 **Überprüfung auf Zugehörigkeit zur Staatssicherheit der DDR** **Vorlage: FV/030/2019/V-StR**

Herr Mrosek, Fraktion AfD, stellt die Frage, warum es notwendig ist, die bereits mehrmals überprüften Stadträte erneut zu überprüfen.

Beschluss:

- Überprüfung der Mitglieder des Stadtrates und des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau-Roßlau der Legislaturperiode 2019-2024 auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR mit ihrer Kenntnis.
- Mit der Zustimmung zur Beschlussvorlage erklärt der einzelne Stadtrat, die Überprüfung seiner hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR zur Kenntnis zu nehmen und das entsprechende Formblatt auszufüllen und zu unterschreiben.
- Der Stadtrat wird zeitnah über die Umsetzung der Beschlussvorlage informiert. Wird eine Mitarbeit festgestellt, soll vertraulich in einer zuvor gewählten Überprüfungskommission (Sonderausschuss) mit dem Betroffenen gesprochen, der Fall bewertet und das weitere Verfahren beraten werden.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die entsprechenden Zuarbeiten der Dienststelle der Bundesbeauftragten zur Überprüfung zuzuleiten.

Abstimmungsergebnis: 36:05:00

Herr Präger nimmt an der Abstimmung teil (41).

Nach der Anmerkung des **Oberbürgermeisters, Herrn Kuras**, (siehe Tagesordnungspunkt 8.7) schließt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, den öffentlichen Teil und stellt Nichtöffentlichkeit her.

11 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird durch seinen **Vorsitzenden, Herrn Rumpf**, um 20:21 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 11.06.20

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer